

Vom Zauber des seitlich dran Vorbeigehens

Eine freundliche Handreichung in Zeiten von Anti-Corona-Demonstrationen | Von Iris Hanika

In Berlin waren am vergangenen Samstag 90 (in Worten: neunzig) Kundgebungen angemeldet. Über die größte davon wurde vorher und nachher viel gesprochen, das war die gegen das Virus, nein: die gegen den Kampf gegen das Virus. Da kämen eine halbe Million Leute, hatten die Veranstalter gedroht, bevor sie eine Demonstration mit 10000 Teilnehmern anmeldeten. Es kamen dann gut 20000, daraus machten die Veranstalter 1,3 Millionen.

Zwar werden sie von Fotos klar widerlegt, aber macht ja nichts. Da sich ihre Überzeugungen aus Lügen speisen, von denen die zentrale die ist, daß sie in einem fort belogen werden, bewegen sie sich überhaupt und insgesamt im Reich der Lüge. Fakten spielen keine Rolle, es sei denn, es wären „alternative Fakten“, ein herrlicher Euphemismus für „Lüge“. Der ist zwar schon wieder etwas aus der Mode gekommen, aber sie lügen weiterhin, daß sich die Balken biegen.

Diese Art von Narrativ kannte man bislang nur aus der schönen Literatur. Wir lesen Romane und wissen, daß, was in dem Buch steht, gar nicht wirklich passiert ist, sondern es sich der, dessen Name auf dem Umschlag steht, bloß ausgedacht hat. Womöglich gerade weil wir das wissen, erfreuen wir uns an der Lektüre.

Wie ein Roman geschrieben wird, beschrieb Alfred Döblin in seinem Aufsatz „Der Bau des epischen Werkes“. Dort erklärt er unter der Überschrift „Das epische Werk lehnt die Wirklichkeit ab“:

Es ist der Tatbestand da, der herrliche, ungebundene, des freien Fabulierens. Was ist das Fabulieren, das freche fessellose Berichten von Nichtfakta, von notorischen Nichtfakta? Es ist das Spiel mit der Realität, mit Nietzsches Worten ein Überlegenheitsgelächter über die Fakta, ja über die Realität als solche. [...] Wir sind auf dem sehr stolzen und sehr menschenwürdigen Gebiet der freien Phantasie.



Max Goldt empfahl einst, an überfüllten Weihnachtsmärkten seitlich vorbeizugehen. Eine erweiterbare Idee.

Das ist eine schöne Beschreibung dessen, was wir am vergangenen Samstag erleben durften: Fabulieren, notorische Nichtfakta und Überlegenheitsgelächter, nur haben die den Rest der Menschheit Verlachenden da etwas durcheinandergebracht. Sie haben nicht bedacht, daß Phantasieprodukte nur dann Vergnügen bereiten, wenn sie klar als solche gekennzeichnet sind.

Offenbar wissen sie auch nicht, wie lächerlich man sich macht, wenn man seine Phantasie mit der Wirklichkeit verwechselt, dabei handelt schon der erste moderne Roman genau davon: Don Quixote hatte zwar kein Internet, aber auch er hatte extrem viel Stuß gelesen und sich damit das Hirn derart verquirlt, daß er schließlich zum Kampf gegen nichtvorhandene Feinde aufbrach.

Am Samstag waren also gut 20000 Windmühlenbekämpfer auf der Straße des 17. Juni. Sie trugen weder Mund-Nasenschutz, noch hielten sie Abstand voneinander, denn sie glaubten sich der Realität

überlegen. Ganz hatten sie den Bezug zu ihr allerdings doch nicht verloren, sie waren sich ihrer Lächerlichkeit bewußt – warum sonst hätten sie Journalistinnen beschimpft und Kameramänner angespuckt? Wollten sie ihre Schande nicht öffentlich werden lassen? (Aber warum geht man dann demonstrieren, wenn man nicht will, daß davon berichtet wird? Hat eine Demonstration nicht genau den Zweck, sein Anliegen bekannt zu machen?)

IRIS HANIKA
ist Schriftstellerin. Die Hans-Fallada-Preisträgerin, langjährige Autorin der Berliner Seiten der FAZ und des Merkurs, hat zahlreiche Romane veröffentlicht. Im Juni erschien „Echos Kammern“ im Droschl Verlag.

Natürlich gibt es einen gewaltigen Unterschied zu Don Quixote: das Virus ist real. Das bestreiten die Leute auf der Straße des 17. Juni nicht unbedingt, sie bestreiten nur, daß man sich so gut wie möglich vor ihm schützen muß, außerdem, daß es ihnen, sollten sie sich doch damit infizieren, irgendwas Schlimmes machen könnte. Weil sie es ablehnen, müssen sie sich nicht vor ihm schützen. Auch das gehört zu ihrer Phantasiewelt: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

In dieser Ablehnung des Virus nun sind sie nicht alleine. Ganz im Gegenteil: Damit gehören sie zur absoluten Mehrheit, zu den hundert Prozent der Weltbevölkerung, die nichts vehementer und einhelliger ablehnen als dieses Virus. Diese Übereinstimmungsquote ist ungewöhnlich, aber nicht übertrieben, denn dieses Virus geht wirklich allen extrem auf die Nerven, und wirklich keiner will es haben.

Nun ist es in einer Demokratie so, daß Dinge, die keiner haben will, abgeschafft

werden. Tatsächlich werden oft sogar Dinge abgeschafft, die manche durchaus haben wollen, die meisten aber nicht, Atomkraftwerke zum Beispiel. Nach dieser Logik sollte das Virus in einer Demokratie schon längst abgeschafft sein. Weil es aber immer noch da ist, schließen die gut 20000 Personen vom letzten Samstag daraus, daß sie nicht in einer Demokratie leben. Weil das Virus noch nicht abgeschafft ist, glauben sie, die Demokratie sei abgeschafft worden.

Das ist unfassbar, wirklich unfassbar kindisch. Denn wie sich ein Kind nicht vorstellen kann, daß es irgendetwas geben könnte, das seine Mama und sein Papa nicht können, können sie sich nicht vorstellen, daß es Dinge gibt, die auch der bestorganisierte Staat nicht aus der Welt schaffen kann. Nicht einmal unsere naturwissenschaftlich geschulte Mutti kann das Virus wegmachen! Ganz im Gegenteil, die sagt sogar, es sei alles so schlimm wie seit dem Krieg nicht! Das kann das Kind nun aber gar nicht glauben; es vermutet Absicht und Unwillen und kriegt einen Tobsuchtsanfall. Die Mama ist so gemein!

Auch der Normalmensch, der Realität und Phantasie auseinanderhalten kann, hatte in den vergangenen Monaten hin und wieder das Gefühl, daß ihn diese Pandemie und die ganzen Schutzmaßnahmen bald wahnsinnig machen. Auch der Normalmensch geht in einer solchen Situation auf die Straße, aber alleine und ohne Tamtam und Trara. Er dreht eine Runde an der frischen Luft, atmet tief durch, und dann geht's schon wieder. Man muß es halt einfach aushalten, geht nicht anders. Wir Normalos müssen jetzt außerdem noch solche Demos aushalten, aber es gibt Schlimmeres, SARS-CoV-2 zum Beispiel.

Die Polizei sollte auf jeden Fall mit den allerbesten Schutzmasken ausgestattet werden, denn für die sind solche Einsätze wirklich gefährlich. Alle anderen können solche Veranstaltungen einfach ignorieren.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Vorboten

Aufgalopp vor dem Superwahljahr 2021: In fünf Wochen gibt es Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, und mit dem Ende der Schulferien beginnt jetzt die heiße Phase des Wahlkampfes. Immer schon waren Wahlen zu Bürgermeistern und Stadträten im größten deutschen Bundesland Vorboten politischer Entwicklungen anderswo gewesen. Und: Derzeit haben besonders viele bundespolitische Akteure dort ihre politische Heimat. Die drei Kandidaten für den CDU-Parteivorsitz (Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen), dazu noch Laschets zweiter Mann Jens Spahn, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus und der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak – alle aus NRW. Die CDU-Führungsscrew darf sich vor den anderen Landesverbänden nicht blamieren. Der SPD-Ko-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans und der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich (beide aus Köln) stehen vor einer Bewährungsprobe. Auch FDP-Chef Christian Lindner stammt aus NRW. In Corona-Zeiten steht eine kleine Bundestagswahl an – ein Jahr vor der richtigen.

Für die CDU-Aspiranten geht es um die Chance auf eine Kanzlerkandidatur – in Konkurrenz zur CSU. Laschet hat seine Heimatstadt Aachen und auch die alte Bundeshauptstadt Bonn zu „verteidigen“, wo die Grünen bei der Europawahl im vergangenen Jahr jeweils mit Abstand stärkste Partei wurden. Walter-Borjans wiederum ist ein Geschöpf nordrhein-westfälischer SPD-Regionalpolitik und kann es sich weniger denn je leisten, durch Abwesenheit zu glänzen. In der größten Stadt des Landes ist die SPD, zerstritten wie lange nicht mehr, in der Versenkung verschwunden. Stattdessen präsentierte Katrin Göring-Eckardt, die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, und Jens Spahn das grün-schwarze Wahlprogramm ihrer gemeinsamen (parteilosen) OB-Kandidatin Henriette Reker, die vor einer Wiederwahl steht. In der Landeshauptstadt Düsseldorf aber unterläuft dem Stadtoberhaupt Thomas Geisel (SPD), mittlerweile schlecht beraten, eine Panne nach der anderen. Nicht zu vergessen: Schon jetzt stellen die Grünen in den Landeshauptstädten Hannover und Stuttgart den Oberbürgermeister. Doch sind für die örtlichen Parteien nicht nur die Bürgermeisterwahlen von Bedeutung, sondern auch die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten – dort, wo die Politik der Wirklichkeit am nächsten ist. Deshalb erwarten die Parteigliederungen von ihren Spitzenkräften mehr als bloß gefühlige Sommerinterviews.

38 WhatsApp-Nachrichten in den Wind

Die Austrittswelle ist ein Krisensymptom, aber die Kirche ist kein Dienstleistungsunternehmen | Von Patricia Löwe

Vor wenigen Wochen veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz die dramatisch ausfallende Kirchenstatistik für 2019. Demnach waren in Deutschland im vergangenen Jahr insgesamt 272771 Menschen aus der katholischen Kirche ausgetreten. Zusammen mit den verstorbenen Katholiken ergibt das über 400000 weniger Kirchenmitglieder als im Vorjahr. Die Evangelische Kirche Deutschland hatte nicht wesentlich Erfreulicheres zu vermelden. Sie verzeichnete (laut vorläufigen Zahlen) im Jahr 2019 270000 Kirchengaustritte.

Für die EKD sind solche Zahlen nicht völlig neu. Auf der Webseite kirchenaustritt.de, die übrigens diejenigen, die ihr Konto, ihr Abo, ihr Profil zu löschen gedenken – nein, die Interesse an der Aufkündigung ihrer Mitgliedschaft haben, über das Verfahren informieren möchte, sind die Kirchengaustrittsstatistiken seit der Wende in all ihren Facetten einzusehen. Während die evangelischen Landeskirchen zu Beginn der 1990er-Jahre schon einmal einen Rekordmitgliederschwund erlebt haben (1992: 361256 Kirchengaustritte), befindet sich katholische Kirche im Augenblick in einer zuvor nie gekannten Misere. Absehbar ist, dass sich deutlich mehr Menschen in den alten

Bundesländern gegen ihre Kirchenmitgliedschaft entscheiden als in den neuen. Das zumindest lässt sich leicht erklären: Während der ostdeutschen Diktatur war es ohnehin eine aktive Entscheidung für die meisten Menschen, gläubige Christen zu werden, zu sein oder zu bleiben. Das System machte es weder Katholikinnen noch Protestantinnen leicht, ihren Glauben jenseits aller politischen Ideologie auszuüben. Die heute noch „Übriggebliebenen“ sind Diaspora-Religiöse, die – das lässt sich durch alle Epochen der Menschheitsgeschichte hinweg beobachten – traditionell fester im Glauben stehen als ihre anderswo in eine religiöse Erziehung und Umgebung eingeehten Schwestern und Brüder.

Würdenträger beider Kirchen zeigen sich betroffen, aber ratlos angesichts der Zahlen. Von allen Seiten, insbesondere aus den eigenen Reihen, hagelt es Kritik. Es gäbe keine zukunftsfähigen Konzepte für die Gewinnung neuer Mitglieder, die Erfüllung der seelsorgerischen, aber auch lebenspraktischen Bedürfnisse der alten sei nicht mehr gewährleistet, kurzum: Kirche müsse endlich im 21. Jahrhundert ankommen.

Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Ka-

tholiken haben angesichts der Krise den sogenannten Synodalen Weg eröffnet, um Erneuerungsmöglichkeiten zu diskutieren. Ob diese Maßnahme allerdings Erfolg zeitigt, ist alles andere als sicher. Schließlich sind die evangelischen Landeskirchen schon seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten bemüht, das Christentum für den deutschen Durchschnittsbürger zugänglicher zu gestalten. Verheiratete, weibliche und offen homosexuell lebende Geistliche beispielsweise gibt es dort schon lange. Das ist großartig. Aber ausreichend Mitgliederbindung erzeugt dieser progressivere Geist der evangelischen Kirche offenbar ebenfalls nicht. Auf der anderen Seite kritisieren Traditionalisten beider Konfessionen, die Kirchen seien vom Zeitgeist zerfressen. Man kann es eben nicht allen recht machen.

DR. PATRICIA LÖWE
ist Kulturreferentin der Guardini-Stiftung in Berlin, die den Dialog zwischen Kunst, Wissenschaft und Glauben fördert.

Muss man aber auch nicht. Kirche ist kein Dienstleistungsunternehmen. Wer wegen öden Predigten, unsympathischen Geistlichen oder schlechten Organisten aus der Kirche austritt, hat nicht verstanden, dass es nicht darum geht, „abgeholt zu werden“, sondern darum, einen Ort für die eigenen Fragen zu haben, Fragen, die niemand beantworten kann und die doch so dringend einer Antwort bedürfen. Kirche ist auch nicht in erster Linie eine moralische Instanz. Natürlich sind die zehn Gebote und viele Sätze, die Jesus von Nazareth gesagt haben soll, heute noch immer geltende ethische Richtlinien. Und natürlich kann Kirche ein Ort der Erziehung und der Reflexion über das eigene Verhalten sein – und sollte es auch. In dieser Hinsicht ist es umso fürchterlicher, sich vor Augen zu führen, wie viel Missbrauch in den Institutionen beider Konfessionen nicht nur vertuscht, sondern auch überhaupt erst ermöglicht wurde.

Aber der Papst ist eben nicht Greta Thunberg. Er ist vielmehr, wie Hans Urs von Balthasar einmal geschrieben hat, „der Herd der Krankheit“. Er ist derjenige, der all das Leid, das verursacht wurde, verantwortet – und, so die theologische Idee, vor Gott trägt, ein Stellvertreter im eigentlichen Sinne des Wortes.

Vielleicht liegt der Fehler darin, dass beide Kirchen ihren Gläubigen hinterherlaufen wie verlassene Liebende, die nicht hören wollen, dass es nicht helfen wird, 38 WhatsApp-Nachrichten zu schreiben, der Ex-Partnerin auf Facebook nachzuspionieren oder romantische Gesten zu planen.

Die Kirchen sind jetzt, in diesem Moment ihrer Krise, Bedürftige, und zwar solche, die gut daran täten, zu sich selbst zurückzufinden, anstatt den Bedürfnissen anderer gerecht werden zu wollen. Ihr Metier ist der Bereich des Sakralen, nach wie vor ein Gegenstand der Sehnsüchte so vieler – das zeigt sich an der Omnipräsenz esoterischer Praktiken. Es wird nicht helfen, sich auf die irdischen Belange der (potenziellen) Mitglieder und des Geistlichennachwuchses zu konzentrieren – auch wenn natürlich alles Sakrale im Irdischen wurzelt. Das Sinnstiftungsangebot des Christentums ist für diejenigen, die daran glauben, die Offenbarung der Evangelien. Wenn aber die Kirchen – und so wirkt es bei all dem verzweifelten Händeringen um den Mitgliederschwund – das Vertrauen in ihre eigene Botschaft verloren haben, dann gnade ihnen Gott.

Lesen Sie die auch die neue Samstagsausgabe des Hauptstadtbrieft unter www.derhauptstadtbrief.de